

Kleine Anfrage der Fraktion der FDP**Wie viele Totalverweigerer gibt es in Bremen?**

Aktuell finden sich in der Presse viele Artikel über den Umgang mit sogenannten Totalverweigerern und mögliche Sanktionen (zum Beispiel Welt vom 7. August 2024 „Kein Bürgergeld für Totalverweigerer? – Das denken die Deutschen“ oder Der Westen vom 13. August 2024 „Jobcenter-Mitarbeiterin über Bürgergeld: ‚Man kann machen, was man will, es wird weitergezahlt‘“). Auch die Bundesregierung sieht, dass es notwendig ist, beim Bürgergeld nachzuschärfen (vergleiche zum Beispiel Focus vom 8. Juli 2024 „Ampel plant Bürgergeld-Reform - was sich jetzt für Totalverweigerer alles ändert“).

Gleichzeitig ist aber unklar, wie viele Totalverweigerer es beim Bürgergeld gibt. Auf Anfrage der Tagesschau teilte ein Sprecher der Bundesagentur für Arbeit mit, dass man keine genauen Zahlen zu Totalverweigerern habe. Statistisch erfasst werde aber der Minderungsgrund „Weigerung Aufnahme oder Fortführung einer Arbeit, Ausbildung, Maßnahme oder eines geförderten Arbeitsverhältnisses“, bei dem auch Weiterbildungen und Qualifikationen berücksichtigt werden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Gibt es in Bremen sogenannte Totalverweigerer und wenn ja, um wie viele Fälle handelt es sich (bitte insgesamt und prozentual im Verhältnis zu den Leistungsbeziehern angeben)?
2. Wie viele Fälle von Leistungsminderungen für Weigerung gab es 2023 und bisher in 2024 in Bremen (bitte insgesamt für 2023 und 2024 sowie für die einzelnen Monate angeben)?
3. Aus welchen Gründen (wie zum Beispiel Meldeversäumnisse) kam es zu diesen Minderungen? (Bitte die Gründe nach absoluten Zahlen und in Prozent der Fälle für die Gesamtzahl der Minderungen in 2023 und 2024 angeben.)

4. Wie viele unterschiedliche Personen betrafen diese Leistungsminderungen (bitte als absolute Zahl sowie prozentual im Verhältnis zur Gesamtzahl der Leistungsempfänger angeben)?
5. Wie wird mit Rückmeldungen von potenziellen Arbeitgebern an das Jobcenter umgegangen, die nach einem erfolglos verlaufenen Bewerbungsgespräch mit Bürgergeldbeziehern den Eindruck übermitteln, dass seitens des Leistungsempfängers aufgrund seines Verhaltens offensichtlich kein Interesse an einer Einstellung besteht beziehungsweise dass aktiv auf eine Nichteinstellung hingearbeitet wurde?
6. Wie viele solcher Rückmeldungen hat es in den Jahren 2023 und bisher in 2024 gegeben (bitte insgesamt für 2023 und 2024 sowie für die einzelnen Monate angeben)?
7. Inwieweit fließen solche Rückmeldungen in die statistische Erfassung der „Totalverweigerer“ ein?

Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP